

20070525

bsd249 4 in 324 ind 2592

SCHWEIZ/EU/OBSTVERBAND/FREIHANDEL/NEIN

Agrarfreihandelsabkommen Schweiz-EU Obstbauern sehen ihre Existenz bedroht

Bern (sda) Die Schweizer Obstproduzenten und -verarbeiter sprechen sich gegen ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU aus. «Im Obstbausektor stehen Existenzen auf dem Spiel», warnt der Präsident des Schweizer Obstverbandes (SOV), Pius Jans.

«Falls der Bundesrat ein solches Abkommen beschliesst, müssen wir mit einem Preiserfall von mindestens 50 Prozent rechnen», sagte Jans laut Communiqué am Freitag an der Delegiertenversammlung in Yverdon-les-Bains VD. Die Bauern könnten ihre Kosten aber nicht in dem Ausmass senken, da der Obstbau arbeitsintensiver sei als andere Landwirtschaftsbereiche.

Eine im Februar veröffentlichte Studie der Universität St. Gallen belege, dass als Folge eines Freihandelsabkommens ein Drittel aller Obstbaubetriebe ihre Produktion aufgeben müssten.

Der Produzentenpreis für ein Kilogramm Schweizer Äpfel der höchsten Qualitätsklasse liege heute bei 1 Franken. Davon würden fast 60 Rappen an die Lohnkosten gehen. In der EU würden aber heute schon Äpfel zu 60 Rappen angeboten.

Zudem kämen die Schweizer Produzenten kaum in den Genuss von Direktzahlungen, weil die Spezialkulturen ihren Ertrag auf einer kleinen, aber arbeitsintensiven Fläche erwirtschaften müssten.

«In der EU dagegen ist der Früchte- und Gemüsebau einer der am stärksten unterstützten Sektoren», sagte SOV-Direktor Bruno Pezzatti auf Anfrage. Die europäische Landwirtschaft profitiere dabei von Finanzhilfen aus Brüssel, die 50 bis 80 Prozent der Investitionskosten deckten.

Nur punktuelle Konzessionen

In einer Resolution fordern die Delegierten des SOV deshalb ein Nein zu einem Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Sie sind einzig bereit, im Rahmen der Bilateralen Abkommen I «punktuelle und vertretbare Konzessionen» zu machen.

Falls der Bundesrat die Verhandlungen dennoch eröffnet, verlangt der SOV eine Ausnahmeklausel für arbeitsintensive Frischprodukte wie Früchte und Gemüse. Sind beide Punkte nicht möglich, spricht sich der Obstverband für ein Anreizsystem nach dem Modell einzelner EU-Länder aus.

«Wir fordern gleich lange Spiesse, sowohl bei den Fördermassnahmen wie bei den Rahmenbedingungen», sagte Pezzatti. Sollte der Bundesrat einem Freihandelsabkommen zustimmen, müssten auch die Löhne in der Schweiz fallen.

Die Schweizer Gemüseproduzenten hatten sich bereits im Januar gegen ein Freihandelsabkommen mit der EU ausgesprochen und mit dem Referendum gedroht. Der Schweizerische Bauernverband hat noch keine definitive Meinung gefasst. Er will zuerst die Ergebnisse der laufenden explorativen Gespräche abwarten.

(SDA-ATSVgb tg/c5swi ecpa int ecpc)

251621 may 07